

Rassismus, NSU und migrantische Kämpfe

Vortrag am Theater Werkmünchen, 21.1.2015

Wir haben uns nun eine Dreiviertelstunde lang die O-Töne von türkischen Betroffenen der Nagelbombe auf der Keupstraße angehört. Wie sind diese Texte zustande gekommen? Und wozu eigentlich? Diese Interviews zu führen war nicht einfach. Zu lange haben die Menschen auf der Keupstraße unter den jahrelangen Verdächtigungen gelitten, zu perfide haben die Behörden sie drangsaliert, wurden sie heimlich belauscht. Der Staatschutz hat auf der Straße undercover zwei Kneipen betrieben, der Geheimdienst eine Firma gegründet, getarnte Staatschutzbeamte haben sich über Monate hinweg beim Tee als Freunde angebiedert, es wurden gezielt falsche Informationen und Gerüchte gestreut: Ein Ehemann hätte eine geheime Geliebte, die PKK hatte es auf den Laden abgesehen, ein Verletzter der Bombe hätte Verbindungen zum Rotlichtmilieu, der Frisör würde Drogen verkaufen.... Die Ergebnisse für die Ermittlungsbehörden waren indes ernüchternd: Die verdeckten Ermittler schrieben enttäuscht in ihre Berichte, dass sie keine Informationen gewinnen konnten, denn die Leute würden immer nur das eine sagen: die Bombe müsse von Nazis gelegt worden sein: Erkenntnisgewinn also null. Es nützte auch nichts, einem Geschäft das Finanzamt auf den Hals zu hetzen und aufgrund einer konstruierten Berechnung mehrere zehntausend Euro Nachzahlungen zu fordern – es sei denn, der Inhaber würde Namen nennen; auch diese Form der direkten Erpressung förderte nicht die gewünschten Aussagen zu Tage: Niemand sagte das, was im Skript der deutschen Staatsräson vorformuliert war. Die mediale und behördliche Bewertung dafür war schnell gefunden: Dass die Türken ihre Rolle nicht richtig mitspielten, wurde fortan als Kartell des Schweigens einer undurchdringlichen Parallelwelt bezeichnet – ein Beleg für die gescheiterte Integration dieser störrischen Kanaken.

Die Deutschen hingegen wussten bezüglich der Nagelbombe schon lange Bescheid, es war ja auch in den Zeitungen nachzulesen. Ein Spiegelzitat vom Februar 2011, also nur 9 Monate vor der Selbstenttarnung des NSU, brachte dieses hegemoniale Wissen über die Ceska-Mordserie auf den Punkt: „Alle Ermittlungen endeten irgendwann an einer Mauer des Schweigens. [...] Die Erkenntnisse der Ermittler decken sich [aber] weitgehend mit den Aussagen mehrerer Informanten, die gegenüber dem SPIEGEL glaubwürdig schilderten, wie sie selbst Teil dieses kriminellen Netzwerks wurden. Danach sollen Mitglieder ihre Geschäfte auch in Deutschland mit Hilfe von Killern und Drogenhändlern betreiben und für die Morde an den neun Männern verantwortlich sein.“ Spiegel-Leser wissen mehr, während das Gerede der Migranten, nun ja, eben nur dummes Gerede ist, ihr Schweigen jedoch Zeichen ihrer Integrationsunwilligkeit, mithin Beweis ihrer unabänderlichen Andersartigkeit.

Als Mehmet Kubasik und kurz danach Halit Yozgat am 4. bzw. 6. April 2006 erschossen wurden, demonstrierten mehrere tausend fast ausschließlich türkischstämmige Menschen in

Kassel für ein Ende der Mordserie. Dabei adressierten sie unter dem Motto „Kein 10. Opfer“ den Staat und appellierten an dessen Innenbehörden, ihr Herz gegenüber der Trauer der MigrantInnen zu öffnen und endlich die Verantwortlichen dieser neunfachen Mordserie festzunehmen. Mehrere tausend Menschen meinten also zu wissen, dass der Staat und seine Organe, die ja offiziell behaupteten, unter Hochdruck zu ermitteln, ganz einfach, wenn sie nur wollten, diesen Terror gegen Nichtdeutsche stoppen könnten.

>> *Filmausschnitt „Kein zehntes Opfer“*

Immerhin, nach diesem ungebührlichen öffentlichen Auftritt der Türken, dem öffentlich machen des Zusammenhangs von Staat und NSU-Mordserie, endete das rassistische Morden dieser Zelle.

So wie die Menschen in der Keupstraße, verstummten aber auch diese Stimmen über die Jahre; man hörte sogar auf, miteinander zu telefonieren. Die behördlich exekutierte und medial flankierende Opfer-Täter Umkehrung trug ihre Früchte. Man misstraute allmählich seiner eigenen Gewissheit; Familien misstrauten Angehörigen, man misstraute Nachbarn, stellte schließlich das Sprechen über das Geschehene ein – denn wer sprach, bekam Ärger: Hassan Yilderim, der Frisör, sah den Täter vor seiner Ladenscheibe das Fahrrad abstellen, und er sah, dass es ein Deutscher war. Arif Sadic sagte den Polizisten, es waren Nazis und wurde unmittelbar eingeschüchtert: „Das wollen wir von dir nie weder hören.“ Also schwieg er. Als 2011 der NSU sich netterweise selbst enttarnte und die Öffentlichkeit damit zwang, nun von der Existenz eines rechten Terrorismus zu sprechen, herrschte auf der Keupstraße zwar Erleichterung, dass sie nicht mehr als Verdächtige galten, aber die „Mauer des Schweigens“, wie es der Spiegel bezeichnete und in dem Bezeichnen diese Mauer selber errichtete, hielt an: Mit der Bombe wollte niemand mehr irgendetwas zu tun haben.

Nun gab es also offiziell rechten Terror, obwohl Jahr für Jahr in den Berichten des Verfassungsschutzes stand, dass es einen solchen gerade nicht gäbe. Aber der Verfassungsschutz, der diesen Terror maßgeblich mit organisierte und finanzierte, hatte – und hat dies bis heute – eben auch den Auftrag, die terroristischen Netzwerke zu schützen: Quellenschutz und Wahrung von Staatsgeheimnissen nennt sich das dann bei den einen – Beihilfe, Anstiftung und Strafvereitelung im Amt könnte es in einem funktionierenden Rechtsstaat heißen.

Die Menschen in der Keupstraße wieder zu ermutigen, sich selber, ihren Nachbarn, der eigenen Straße und letztlich auch einer solidarischen Öffentlichkeit zu vertrauen und die eigenen Geschichten zu erzählen, von denen wir eben ein paar hören konnten; das war ein langer Prozess, der längst nicht abgeschlossen ist, und der vor allem mit dem Mut der AnwohnerInnen zu tun hat. Heute ist die Keupstraße ein Ort, an dem sich die Betroffenen organisieren und wo ihr Schmerz sich in Wut wandelt.

Aber was erzählen diese Leute außer ihren Geschichten des am eigenen Leib erfahrenen Unrechts noch alles? Zum Beispiel dies: es können nicht nur die drei Nazimörder aus Zwickau

gewesen sein, die jahrelang unbehelligt durch ihnen fremde Städte reisten und Leute umbringen und in die Luft sprengen konnten ohne ein ausgedehntes Unterstützernetzwerk vor Ort und ohne Hilfe aus den Behörden. Und wieder wird den Migranten über den Mund gefahren – diesmal eher von antirassistischen Fachexperten des deutschen Opfermanagement, die erneut den Migranten erklären, was richtig und angemessen ist und was Verschwörungstheorie ist. Die notwendige Solidarität mit Menschen, die durch den Terror tatsächlich zu Opfern wurde, wird jedoch an der Stelle problematisch, wo die Opfer mehr sind als nur Opfer, wo aber der generelle Status von MigrantInnen als ausschließlich Leidtragende verallgemeinert wird. Denn dann schlägt diese Solidarität um in ein Zuweisungssystem, in dem MigrantInnen in einer subordinierten Position verharren sollen, weil man ihnen ansonsten ja auch nicht mehr helfen kann. Der unbedingte Wille zur Hilfe, wie er sich in der neuen „supporter-only“ Doktrin der Critical Whiteness zunehmend bemerkbar macht, setzt in der vorgegaukelten Unterordnung jedoch eine übergeordnete Position in der Gesellschaft voraus. Die einen helfen, die anderen empfangen Hilfe; was aber wenn nun die Opfer keine Opfer mehr sein wollen und reinkamellen, wenn andere die Analyse und die politische Arbeit verrichten?

Aber Migranten sind keine Opfer, und sie sind keine unterbelichteten, stets traumatisierten und zu betreuenden Marginalisierten. Dennoch bleiben sie Teil einer migrantischen Lebensrealität, auch wenn sie nicht mehr nur noch die Klos der Deutschen putzen, sondern mittlerweile immer öfter auf der Arbeit auch deren Chefs sind. Wer sich ausschließlich mit Deutschen über die Rassismus und Toleranz streitet (wie etwa auf den No-Pegida Demos) und von Migranten nur deren Leidensgeschichte hören will (damit man ihnen völlig uneigennützig helfen kann), schafft die Verhältnisse, die er oder sie zu überwinden vorgibt. Und er oder sie ist Teil einer diskursiven Maschinerie, die unsichtbar macht, dass nicht nur 500 Jahre Kolonialismus und 100 Jahre deutscher Rassismus auf den Schultern der Kanaken lastet, sondern dass es im Gegenteil genau die MigrantInnen sind, die seit fast 60 Jahren in dieses Land einwandern und sich hier erfolgreich behaupten. Sie sind Experten im Umgang mit behördlichem, juristischem, politischem, kulturellem, medialem und alltäglichem Rassismus. Und sie haben vom ersten Tag an bis heute dagegen Taktiken entwickelt, von denen jeder, der sich als Antirassist versteht, lernen sollte.

Aber diese Erkenntnis setzt einen Perspektivwechsel voraus, weg von einer deutsch-deutschen Debatte darüber, wer nun eigentlich Deutschland repräsentiere und wer das Volk sei und wie tolerant man nun sein solle gegenüber den anderen, den Fremden. Vielmehr ginge es darum, sich eine migrantische Perspektive zu eigen zu machen. Ich denke mal, der heutige Abend mit den Geschichten die wir gehört haben, ist eine Gelegenheit, diesen Perspektivwechsel zu vollziehen. Dafür möchte ich einen kleinen Ausflug in die Geschichte der Keupstraße und generell in die Geschichte der Gastarbeitergeneration machen. Denn ohne diese Geschichte ist NSU, AfD, Pogrom und Pegida und generell Rassismus nicht zu verstehen.

Dafür kehren wir wieder zurück zur Keupstraße. Die Keupstraße liegt in einem ehemaligen Arbeiterstadtteil von Mülheim in Köln, wo sich bereits seit der Industrialisierung viele Fabriken und Betriebe ansiedelten. Wie überall in der deutschen Industrie brauchte es auch hier nach dem 2. Weltkrieg ausländische Massentarbeiter für die Fabrik, damit das deutsche Proletariat in der nivellierten Mittelstandsgesellschaft der Wirtschaftswunderzeit seinen bürgerlichen Aufstieg machen und seine Kinder aufs Gymnasium schicken konnte. Die erste Gastarbeiteranwerbung Mitte der 1950er Jahre mit Italien griff noch auf die etablierten Strukturen aus der NS-Zeit zurück, als das Reich sogenannte Fremdarbeiter – freiwillige wie unfreiwillige – importierte.

Die Züge aus Italien kamen übrigens, wie noch die Zwangsarbeiter zu Kriegszeiten, auf dem abgeschirmten Gleis 11 hier in München an, wo die Leute direkt auf die LKWs und Busse der jeweiligen Betriebe umverteilt wurden. Dazu gehörte auch die Unterbringung in ehemaligen Fremdarbeiterlagern mit den entsprechenden Modalitäten. Die ersten zehn Jahre waren entsprechend oft von Kämpfen für ein menschenwürdiges Wohnen gekennzeichnet. Die Gastarbeiter – Italiener, Spanier, Türken oder Jugoslawen – trugen aber auch neue Kampfformen in die Fabriken hinein, ohne sich um das gewerkschaftliche Agreement mit den Arbeitgebern zu kümmern. Sabotage, Bummelstreik, Blaumachen und der Gedanke, dass sich der Kampf gegen die Arbeit an sich richten müsse, etablierte sich allmählich in den Betrieben.

In den späten 1960er Jahren erfasste eine Welle von wilden Streiks die deutsche Industrie, die überwiegend von ausländischen Arbeitern und Arbeiterinnen getragen wurden. Die fast einwöchige Besetzung der Ford-Werke im sog. Türkenstreik in Köln ist dabei sicherlich ein prominentes Beispiel. Und noch etwas war anders bei diesen neuartigen Auseinandersetzungen: Die Kämpfe verließen nun auch die Fabrik und weiteten sich auf den gesamten Bereich des Lebens aus. Kindergeld, bessere Wohnungen, Haushaltstage, Treffpunkte und eine völlig neue Form der Aneignung des öffentlichen Raums brachten die Lebensrealitäten in den Kontext der Arbeitskämpfe: es ging um ein besseres Leben.

In Frankfurt organisierten italienische Gastarbeiter Mietstreiks, die erste Hausbesetzung im Frankfurter Westend ging aus ihr hervor. In Dortmund wurde von spanischen Arbeitern das erste Stadtteilzentrum gegründet. Diese Praktiken schauten sich die Aktivisten der gerade entstehenden studentischen Rebellion ab. Die sogenannte Gegenkultur von 68, die in den Augen vieler Liberaler dieses Land zum Besseren gewendet hat, ist ohne die Theorien und Praktiken der Gastarbeiter nicht denkbar.

In der industriellen bzw. fordistischen Krise Anfang der 1970er Jahre sollte dann Schluss sein mit dem Gastrecht für ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen, das Anwerbeabkommen wurde 1973 von der Regierung Willy Brandt beendet, die Migranten sollten schön wieder nach Hause fahren. Zigtausende wurden entlassen und mit einer Mischung aus Anreiz und Repression zur Ausreise gedrängt. Und erneut widersetzten sich MigrantInnen, nach Belieben hin- und hergeschoben zu werden: sie waren die Subjekte der Geschichte. Nicht nur blieben sie, sondern sie holten in den 1970er Jahren über eine Gesetzeslücke auch ihre

Familien nach, so dass sich ihre Zahl, statt sich zu verringern, in nur wenigen Jahren verdoppelte. Rausgeschmissen aus den großen Industrien bezogen sie die heruntergekommenen innerstädtischen Viertel und fingen an, die kaputten Häuser instand zu setzen und die Stadtteile mit neuem Leben zu füllen. Genau dies passierte auch auf der Keupstraße. Man machte sich selbstständig, eröffnete Restaurants und Geschäfte und entwickelte eine auf eigenen Netzwerken beruhende Ökonomie – etwas, von dem die späteren Studenten-WGs und linken Kooperativen lernen und profitieren konnten. Die ehemaligen Gastarbeiter wehrten sich solchermaßen erfolgreich gegen ihre Rückführung und wurden endgültig zu Einwanderern. Und sie veränderten die Städte durch eine migrantische Kultur, die dieses Land für immer prägen sollte und die uns heute als selbstverständliche Lebensqualität vertraut ist. Ich würde sagen, dass die migrantischen Lebensweisen zivilisatorische Effekte auf das postnazistische Deutschland hatten. Dazu gehörte auch die ab den 1980er Jahren sich verstärkenden politischen Debatten um Asyl und Menschenrechte, die durch die politisch Verfolgten aus den Regimen der Türkei und des Iran, wie schon vorher von den Verfolgten aus Griechenland, Spanien und Portugal, in Deutschland geführt und dynamisiert wurden. Ende der 1980er waren ausländerpolitische Themen, wie etwa das lokale Wahlrecht und die Abschaffung des Ausländergesetzes, weit vorne auf der Tagesordnung.

Und dann kam die Wiedervereinigung. Die Mauer fiel den Migranten buchstäblich auf die Füße, denn die Zusammenlegung der beiden deutschen Staaten erforderte und erzeugte einen extremen Nationalismus, den viele Nichtdeutsche unmittelbar als Angriff gegen sich verstanden hatten – lange bevor eine Linke es konzeptionell und politisch fassen konnte. Die Parole „Wir sind das Volk“ machte den anfänglich mitfeiernden Migranten schnell klar, dass sie auf dieser Party nicht eingeladen waren. Mit den Pogromen und täglichen Angriffen von Neonazis entwickelte sich der Antifaschismus als breite Bewegung innerhalb einer Linken. Aber auch die MigrantInnen entwickelten organisierten militanten Widerstand gegen den rassistischen Terror auf der Straße.

Parallel entwickelte sich in den migrantischen Communities teilweise eine nationale Identität, die für das Überleben Anfang der 1990er Jahre zwar notwendig war, die aber auch in die Falle von Abgrenzung führte: man erfüllte plötzlich die rassistischen Klischees, gegen die man sich eigentlich zur Wehr setzte. Ganz ähnlich dem heutigen islamischen Reflex, den viele junge MigrantInnen als Antwort auf den antiislamischen Rassismus geben.

Die errungenen politischen Positionen wurden mit `89 dennoch indes zunächst auf Null gedreht. Vorrang hatten nun die „Ängste der Deutschen“ vor einem zu vollen Boot. Im Windschatten dieser Ängste wurden Tag für Tag teilweise mörderische Angriffe gegen Migranten geführt, die schließlich zur Abschaffung des verfassungsmäßig garantierten Rechts auf Asyl führte. Es war auch dieses Klima in den 1990ern, in dem der NSU und seine politische Kultur sich als breite Jugendbewegung entwickelte und lernte, dass man straffrei rassistische Verbrechen verüben könne. Das mehrtägige Pogrom Rostock Lichtenhagen stand hierfür Pate: obwohl man die Bilder der Gesichter der Angreifer auf unzähligen Bildern

und Videobändern hatte und ihnen dabei zusehen konnte, wie sie Tage lang versuchten, ein Haus mit knapp hundert VietnamesInnen anzuzünden und zu verbrennen, wurde kaum jemand ins Gefängnis geschickt. Vielmehr spielte die Justiz auf Zeit, die Akten rutschten bis zur Verjährungsfrist zehn Jahre hinter den Aktenschrank. Dieser Service wurde auch dem sog. Terror-Trio zuteil, gegen das der Haftbefehl 2003 eingestellt wurde. Der Untergrund wäre also gar nicht nötig gewesen, sie hätten ihren Ausweis an jeder Kontrolle ohne Konsequenzen zeigen können. Vorher, als noch Zielfahndungskommandos ihnen auf der Spur waren, konnten sie sich sicher sein, rechtzeitig vom V-Mann-Früh-Warn-System gewarnt und in Sicherheit gebracht zu werden. Und auch heute will von offizieller Seite kein Mensch wissen, wer nun alles der NSU war oder immer noch ist, wer ihm geholfen hat und wie das System funktionierte. Im Prozess hier in München spielt das für den Richter und die anklagende BAW keine Rolle. Einzig die migrantischen Nebenkläger mit ihren AnwältInnen versuchen, auf diesen Aspekt der Aufklärung zu bestehen.

Der NSU mordete aber nicht mehr gegen Flüchtlinge, er sprengte kein „Asylantenheim“ in die Luft. Die Strategie war eine andere. Die Morde und terroristischen Anschläge fanden in der Logik der Wiedervereinigung statt. Ihr Ziel war, die etablierte Einwanderung anzugreifen, quasi die Migrantisierung Deutschlands rückgängig zu machen. Deswegen griffen sie die jüngere (zeugungsfähige) Nachfolgegeneration der Gastarbeiter an, allesamt Geschäftstreibende, viele davon mit deutschen Pass. Und deswegen versuchten sie ein Massaker auf der Laden- und Geschäftszeile Keupstraße. Sie ist das Aushängeschild für die türkische Einwanderung in ganz NRW und das ökonomische Rückgrat der türkischen Community in Köln. Nicht die Schwächsten und Marginalisiertesten wurden angegriffen. Vielmehr legten sich die Nazis mit der gesamten Einwanderungsgesellschaft an. Wie unsinnig könnte man meinen. Denn Terrorismus bedeutet ja, eine ganze Gesellschaft durch eine ständige und irrationale Bedrohung einzuschüchtern und zu destabilisieren. Nun, man destabilisiert keine zehn Millionen Migranten, in dem man neun von ihnen ermordet. Das kann man nur schaffen, in dem die Angriffe gegen wenige von vielen anderen weitergeführt und verallgemeinert werden. Und genau das ist in dem NSU-Komplex passiert. Die türkische Community in Deutschland war tatsächlich terrorisiert, während der Rest der Gesellschaft noch nicht einmal Notiz von diesen Verbrechen genommen hatte. Dieser Terror konnte nur deshalb funktionieren, weil die Morde und die Bomben lediglich Auslöser, Trigger für eine langanhaltende Diffamierung waren. Denn nach den Morden nahm die Zerstörung erst richtig ihren Lauf, in dem die Angehörigen, wie anfänglich beschrieben, unglaublich gemacht und gegeneinander ausgespielt wurden. Die Message für die Migranten war klar, nicht nur können sie jederzeit ermordet werden, sie werden als Opfer danach zu Tätern gemacht und jahrelang verfolgt. In Köln betraf das eine ganze Straße. Die Geschäfte waren kaputt, eine nennenswerte Entschädigung gab es bis heute nicht, aber noch viel schlimmer, die deutschen Kunden blieben in den Jahren danach weg. Viele Geschäfte mussten in den Jahren nach der Bombe schließen, der soziale und ökonomische Zusammenhalt der Straße war an sich gefährdet. Diese Dimension des Anschlages, den viele auf der Keupstraße als Anschlag nach dem Anschlag bezeichnen, macht den NSU-Komplex aus, ohne diese

Dimension kann man nicht verstehen, was das Terroristische an dem NSU war. Der NSU wusste, oder konnte es zumindest von Anfang an beobachten, dass ihre Schüsse nur das Startsignal für einen weitergehenden Angriff war, der genau in ihrem Sinne verlief. Diese Spaltung ist der Erfolg einer Politik der rassifizierten Spannung, die die einen permanent in Angst versetzt, während die anderen sie gar nicht wahrnehmen – perfekt!

Aber auch hier haben die Akteure ihre Rechnung ohne die Migranten gemacht. Denn die Angehörigen der Morde haben das Land nicht verlassen und die Keupstraße hat sich trotz aller Widrigkeiten wieder aufgerappelt, nicht paradiesisch, aber schöner als je zuvor. Und mehr noch, sie ist es, die nun anklagt; die nach München gereist ist, um von ihrem Wissen zu berichten und dieses Wissen zu verallgemeinern. In diesem Sinne sagen wir, die Keupstraße ist überall, in jedem Kochbuch, in jedem Kinofilm, in jedem Popsong, aber auch in jeder Bürgerrechtsbewegung, in jedem demokratischen Impuls. Mögen die einen in kargen Knastzellen, traurigen Büros und unfreundlichen Montagsdemos ihren trüben Traum von einem ausländerfreien Deutschland träumen, in dem sie nur ihre eigene Hässlichkeit gespiegelt sehen möchten. Mögen die anderen sich als Gerechte über die Opfer dieser Welt erheben, um ihnen in einer Geste der Großzügigkeit helfen zu können, in der sie nur ihre eigene Sinnhaftigkeit vergewissert sehen möchten. An der machtvollen Kanakisierung dieser Gesellschaft kommen sie alle nicht vorbei.

Will man Rassismus verstehen, dann kann das nur der historisch spezifische Rassismus sein, und der ist immer einer Reaktion auf die Aneignung von Rechten, die einem nicht gewährt werden, die man sich aber trotzdem nimmt. Der Kampf um ein besseres Leben geht den rassistischen Strategien immer voraus. Man kann es einfach nicht oft genug wiederholen: es gab erst die Sklaverei, dann den Rassismus! Man muss auf migrantische Praktiken schauen und ihrem Wissen, wenn man etwas gegen NSU, Pegida und ihre Gesinnungsgenossen in den Behörden unternehmen will. Rassismus ist nicht ahistorisch, er fällt nicht vom Baum und steckt auch nicht in den Genen. Er hat eine gesellschaftliche Funktion, indem er den Menschen in den Wartezimmern der falschen Hoffnung ihre jeweils spezifischen Plätze zuweist. Er soll eine Ordnung stabilisieren, die schon längst herausgefordert wurde, weil sich Menschen Rechte nehmen, die nicht für sie gelten sollen. Es gibt keinen Rassismus ohne Praktiken von Migranten oder Kanaken, die eine Ordnung überschreiten. Rassismus ist reaktiv. Und: Rassismus ist überwindbar und wird tagtäglich überwunden. Das, für was die Keupstraße steht, ist ein Beispiel dafür und eine Realität, die sich weder wegbomben noch wegemonstrieren lässt. Wir sind unter euch!

Die Keupstraße ist diese Woche hier in München mit einer Message für euch. Hört genau zu.

Massimo Perinelli